

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

4.5.1929 (No. 103)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einst. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschreibstättler, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Noch kein Ende in Berlin

Neue Zusammenstöße mit Menschenverlusten
In Berlin-Neukölln kam es Freitag nachmittag und Nacht zu neuen Schießereien. Die Polizei griff sehr scharf durch. Durch abirrende Kugeln wurden drei Personen, darunter zwei Frauen, getötet. Auch die Nacht über kam es zu neuen Kämpfen, die vier Tote forderten. Die Polizei arbeitete mit Schminwerfern, Maschinengewehren und Panzerautos. In Neukölln und am Wedding wurden von der Polizei Sperrgebiete errichtet. Von 9 Uhr abends bis 4 Uhr früh wurde dort jeder Verkehr auf den Straßen verboten. Die Fenster müssen in dieser Zeit geschlossen bleiben, es darf kein Licht auf der Straßenseite brennen. Die Polizei behält sich vor, beleuchtete Fenster sofort unter Feuer zu nehmen. Ansammlungen in den Sperrgebieten sind auch unter Tag verboten, sogar das Zusammengehen von mehr als drei Personen ist nicht gestattet. In den Krankenhäusern sind weitere 6 Verletzte gestorben.

Der Verlauf der Nacht in Neukölln.

W.D. Berlin, 4. Mai. (7 Uhr morgens). (Tel.) Bis gegen 2 Uhr nachts waren in der Hermannstraße und in der Steinmehstraße von beiden Seiten Schüsse gewechselt worden, der Rest der Nacht bis Tagesanbruch verlief ruhig. Um 4 Uhr morgens räumte die Polizei die Spanischen Weiler, mit denen sie die Straßen gesperrt hatte und die in dieser Nacht von der Polizei errichteten Barrikaden aus Untergrundbahnmaterial fort. Ebenso wurden die Posten auf den Dächern, die Scheinwerferposten und die Maschinengewehrposten auf den Balkons verschiedener Häuser eingezogen. Die Polizei will sich während des Tages möglichst unsichtbar machen, sofern diese Absicht nicht durch neue Angriffe und neue Ansammlungen der Aufständigen zunichte gemacht wird.

Heute abend um 9 Uhr wird genau so wie in der vergangenen Nacht, das Ziel wieder abgepöbert werden, da mit einer Aufhebung des Ausnahmezustandes vor Montag früh nicht zu rechnen ist. Die Freigabe der Straßen für den Verkehr vollzog sich am heutigen Morgen ohne Zwischenfall. Gegen 4 1/2 Uhr zeigten sich die ersten Passanten auf der Straße. Kurz vor 5 Uhr ging der Verkehr wieder seinen normalen Gang. Auch der Straßenbahnverkehr durch die Hermannstraße war um diese Zeit freigegeben. Im allgemeinen wurde die Absperrung ziemlich milde gehandhabt. Die zahlreichen Betrunknen, die sich gestern abend zeigten — in den meisten Betrieben wurden gestern die Löhne ausgezahlt — wurden von Polizeibeamten in ihre Wohnungen geleitet, damit sie nicht in Gefahrzonen hineingeraten.

Weitere Arbeitsaufnahmen in Berlin

W.D. Berlin, 4. Mai. (Tel.) Im Laufe des Vormittags sind von mehreren Arbeitsstätten Meldungen eingegangen, daß nach einer 4stündigen Arbeitsniederlegung die Tätigkeit wieder aufgenommen worden ist. Auch der Streik auf dem Neubau des Warenhauses Karstadt am Hermannsplatz ist beendet.

Vollkommene Ruhe im Ruhrgebiet

W.D. Dortmund, 4. Mai. (Tel.) Die kommunistische Streikaktion scheint im Sande verlaufen zu sein. Auf sämtlichen Werken und Zechen im Ruhrgebiet wird voll gearbeitet. Es herrscht vollkommene Ruhe. In Dortmund ist von der kommunistischen Partei für heute abend eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Berliner Vorgänge einberufen worden.

Die neue österreichische Regierung

ist am Freitag gebildet worden. Sie wurde heute vom Nationalrat gewählt. Genau einen Monat hat die Krise gedauert; am 3. April trat Seipel überraschend zurück, am gestrigen 3. Mai konnte der Hauptausschuß des Nationalrats den christlich-sozialen Abg. Dr. Streeruwitz mit der Bildung der Regierung betrauen.

Streeruwitz schlug dem Hauptausschuß folgende Ministerliste vor, die mit Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde: Vizekanzler: Schumy, Finanzreferent der Kärntner Landesregierung (Landbund), Justizminister: wie bisher Dr. Slama (großdeutsch); Unterrichtsminister: Dr. Czernak, Kultusreferent des niederösterreichischen Landtags (christlichsozial); Sozialminister: wie bisher Dr. Reich (christlichsozial); Finanzminister: Dr. Mittelberger, Finanzreferent der Vorarlberger Landesregierung (christlichsozial); Landwirtschaftsminister: Födermayr, Vorsitzender des Christlichsozialen Bauernbundes; Handelsminister: wie bisher Dr. Schürff (großdeutsch); Seeresminister: wie bisher Bangoin (christlichsozial).

*

W.D. Wien, 4. Mai. (Tel.) Der Nationalrat wählte mit 89 gegen 59 Stimmen das Kabinett Streeruwitz gemäß dem Wahlvorsatz des Hauptausschusses. Die nächste Sitzung des Nationalrates findet Dienstag, den 7. d. M., um 8 Uhr nachmittags statt. In dieser Sitzung wird Bundeskanzler Streeruwitz die Regierungserklärung abgeben.

Deutscher Schritt in Moskau. In Moskau wurden Plakate und Attrappen gezeigt, die die deutsche Reichsregierung verächtlich zu machen geeignet waren. Deutscherseits sind diplomatische Schritte eingeleitet.

Die Finanzen der Schweiz. Die Bilanz der Schweizerischen Eidgenossenschaft schließt für das Jahr 1928 mit einem Überschuß von 23 Millionen Franken, während ein Defizit von 9 Millionen Franken budgetiert war.

Letzte Nachrichten

Eine deutsche Erklärung in Gent

Protest gegen die Spiegelfechterei der Mehrheit
W.D. Gent, 4. Mai. Nach dreitägiger Debatte über die Frage der direkten oder indirekten Begrenzung des Heeresmaterials hat heute vormittag der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz eine von Frankreich, den Vereinigten Staaten und England gemeinsam eingebrachte Entschließung, in der es heißt, daß die Systeme zur direkten Beschränkung des im Dienst verwendeten und des lagernden Heeresmaterials ausgeschieden seien, daß das System der indirekten Beschränkung (Beschränkung der Materialausgaben) nicht die allgemeine Zustimmung finden konnte, weshalb die Beschränkung und Herabsetzung auf dem Wege der Publizität der Ausgaben gesucht werden müsse, in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 2 Stimmen (China und Sowjetrußland) bei Stimmenthaltung Deutschlands angenommen.

Nach der Abstimmung verlas Graf Bernstorff im Auftrag der Reichsregierung eine grundsätzliche Erklärung, mit der klar abgerückt wird von dem Programm der Mehrheit des Vorbereitungsausschusses und diesem „An jetzt ab die volle Verantwortung für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, wie sie sich jetzt abzeichnet“, überlassen wird.

In der Erklärung heißt es u. a.: Aufgabe der Abrüstungskommission ist die Vorbereitung eines Abrüstungsplanes, auf Grund dessen die Abrüstungskonferenz einen ersten Abrüstungsschritt tun sollte. Die Abrüstungskommission hat jedoch die Aufgabe, entsprechend den Bestimmungen der Verträge und des Völkerbundespatentes, alle Möglichkeiten zu einer substantiellen Reduktion der Rüstungen offenzuhalten und die Wege dahin zu weisen. Es sei zugegeben, daß hinsichtlich der Marineabrüstung der Ausschuß diesmal auf einen erfreulichen Beginn hinweisen kann. Ganz anders steht es mit der Diskussion über die Landabrüstung. Von den Elementen der Landabrüstung hat man in den letzten Tagen wesentliche Faktoren beiseite gelassen, die in einer Konvention nicht fehlen dürfen, wenn sie nicht mehr als eine bloße Scheinlösung bringen soll. Meine Regierung hat nie einen Zweifel darüber geäußert, daß sie eine Lösung ohne Ersetzung aller Rüstungsfaktoren und ohne fühlbare Verringerung der noch vorhandenen übermäßigen Rüstungen selbst als eine erste Etappe nicht ablehnen könnte, denn sie entspräche nicht den Grundgedanken des Paktes und der Verträge.

Ich sehe mich daher genötigt, klar abzurücken von dem Programm, das die Mehrheit des Ausschusses hier aufgestellt hat und ihr von jetzt ab die volle Verantwortung für die Vorbereitung der Konferenz, wie sie sich jetzt abzeichnet, zu überlassen. Erst bei der Abrüstungskonferenz selbst, wird die endgültige politische Entscheidung über das Gesamtproblem fallen. Angesichts des Ernstes der Lage appelliere ich an alle Regierungen: Mögen Sie bis zum Tag des Zusammentritts den Willen der öffentlichen Meinung und den immer dringlicher werdenden Ruf der Völker aller Länder endlich verstehenlernen und Ihre Delegierten mit anderen Weisungen versehen, als es diesmal geschehen ist, und zwar mit Weisungen, die wirklich dem Ziel der künftigen Konferenz entsprechen, das wir unter keinen Umständen aus dem Auge verlieren dürfen, nämlich eine tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen.

Kindheitsfragen und Völkerbund

W.D. London, 4. Mai. (Tel.) „Times“ berichtet: Die Arbeit des Unter Ausschusses des Völkerbundesrates, dessen Mitglieder Chamberlain, Azaoli und Quinones de Leon sind, der in London tagt, um das Völkerbundesverfahren bezüglich der europäischen Kinderheiten zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ist, wie verlautet, so gut wie beendet. Der Bericht in seiner endgültigen Gestalt wird zuerst dem Ausschuß des Rates und danach dem Ratssplenium auf seiner Zunitagung erstattet werden. Erst dann wird der Inhalt des Berichtes bekanntgegeben werden. Es wird nicht erwartet, daß irgendwelche sehr fühlbaren Veränderungen im Verfahren empfohlen werden.

Chinas Wunsch nach Aufhebung der Exterritorialität

W.D. London, 4. Mai. (Tel.) „Times“ berichtet aus Shanghai: Gleichlautende Noten sind an die Gesandten Großbritannien, Frankreichs und der Vereinigten Staaten vom Außenminister der Kantingregierung, Wang, gerichtet worden, in denen er Chinas starken Wunsch nach der Beseitigung der Beschränkungen der chinesischen gerichtlichen Souveränität ausdrückt, die dem Lande durch die alten Verträge mit den fremden Mächten auferlegt worden sind. Die Note bezeichnet die Exterritorialität als ein Verhängnis des alten Regimes, das nicht nur für die heutigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar sei, sondern auch so nachteilig für das glatte Wirken der gerichtlichen und Verwaltungsmaschinerie Chinas, daß sein Fortschritt als Mitglied der Familie der Nationen unnötig verzögert werde.

Der schweizerische Außenhandel im März belief sich auf 405 Millionen Franken, was gegenüber dem Vormonat einer Zunahme von 53 Millionen gleichkommt. Die Ausfuhr betrug 180 Millionen Franken und übertraf diejenige des Vormonats um beinahe 17 Millionen, während die Einfuhr 225 Millionen ausmachte.

Gemeinbewahlen im Elsaß. Am morgigen Sonntag, den 5. Mai, finden im Elsaß die Gemeindevorwahlen statt. Der Wahlkampf wird insbesondere in den größeren Städten zwischen Sozialisten und Autonomisten mit besonderer Heftigkeit geführt.

* Zur politischen Lage

Die Generalprobe des Rotfrontkämpferbundes

Wenn man die Berichte über die Straßenkämpfe in Berlin liest — die Kämpfe haben auch gestern noch gedauert und neue Todesopfer gefordert —, so möchte man nicht glauben, daß wir jetzt die Jahreszahl 1929 schreiben, man möchte sich vielmehr in das Jahr 1920 zurückgesetzt fühlen.

Auf der Seite der Aufständigen sind zwei ganz bestimmte Kategorien von Mitwirkenden festzustellen. Die eine Kategorie umfaßt, wie wir schon gestern erwähnten, das, was auch der hiesige „Volkstribun“ den Janhagel nennt, also die Masse verkommener und raddaunlustiger Großstadtelemente, denen auch mit der liebevollsten Sozialpolitik nicht zu helfen ist; die andere Kategorie umfaßt die eigentlichen Drahtzieher, das heißt den kommunistischen Rotfrontkämpferbund.

Allein hätte dieser Rotfrontkämpferbund einen Kraußall in dem jetzt erlebten Umfang nicht herbeiführen können, trotz aller sorgfältigen Vorbereitungen, die sich auf Wochen und Monate erstreckten. Er hat von vornherein auf den Zuzug und die Hilfe des Janhagels gerechnet, der das nördliche und östliche Berlin schon seit Jahren in einer Weise unsicher macht, daß Berlin heute auf diesem Gebiet ruhig die Konkurrenz mit dem Londoner Costand aushalten kann. Diese Apachen und Straßenrowdys sind in der Verübung von Gewalttätigkeiten gewiß nicht ungeschult, und nur zu gern haben sie sich dem Rotfrontkämpferbund zur Verfügung gestellt. Von diesem Bund sind sie bewaffnet und nach kampftchnischen Prinzipien verwendet worden. Wie denn überhaupt festzustellen ist, daß sich die Berliner Straßenkämpfe durchaus nach den Regeln militärischer Kunst vollziehen.

Auffallen muß immer wieder die Tatsache, daß die Aufständigen derartig gut bewaffnet werden konnten. Viele dieser Waffen stammen aus dem Ausland, also aus Sowjetrußland. Von dort bezieht der Rotfrontkämpferbund natürlich auch seine Direktiven. Gedacht ist das ganze offensichtlich als eine Generalprobe für einen großen Gewaltputsch. Die Kommunisten scheinen, so töricht das auch sein mag, die Hoffnung auf die Errichtung einer Sowjetherrschaft in Deutschland noch immer nicht aufgegeben zu haben.

Soweit sich die Vorgänge bis heute übersehen lassen, können diese Hoffnungen wieder einmal als völlig zerflört gelten. Gewiß hatte die Schupo in Berlin keine leichte Aufgabe vor sich, und gewiß hat der Aufruhr des vom Rotfrontkämpferbund kommandierten Janhagels Störungen hervorgerufen, die für eine Weltstadt, wie Berlin, sehr unangenehm sind; aber irgend etwas erreicht hat man nicht. Bisher ist noch nirgends der Gedanke auch nur aufgetaucht, daß die Schupo durch Reichswehr verstärkt werden müßte. Im preussischen Ministerium des Innern und im Berliner Polizeipräsidium besteht auch nicht der geringste Zweifel darüber, daß es gelingen wird, mit den Kräften der Schupo des Aufruhrs in Bälde völlig Herr zu werden.

Unter den Todesopfern des gestrigen Tages befindet sich übrigens auch ein ausländischer Pressevertreter, und zwar ist es der Korrespondent einer neuseeländischen Zeitung. Wahrscheinlich hat er sich nach den Reportermanieren der Neuen Welt nicht nach den polizeilichen Anordnungen gerichtet und Stellen der Gefahr ausgesetzt.

Neue Hoffnungen in Paris?

Aus Paris kommen Nachrichten, nach denen man jetzt doch wieder auf eine Einigung der Sachverständigenkonferenz hofft. Dr. Schacht habe nach seiner Rückkehr Besprechungen mit Mister Young und den französischen Sachverständigen aufgenommen und dabei Anregungen gegeben, die der Gegenseite recht beachtenswert erschienen seien. Es sei möglich, daß man über die Höhe der Annuitäten eine Übereinstimmung erzielen könnte. Fraglich bleibe dann nur der Termin, bis zu welchem diese Annuitäten zu laufen hätten — wir bieten 37 Jahre an, die Gegenseite verlangt 59 Jahre —, und fraglich bleibt die Aufrechterhaltung des Transferschuldes. Aber auch in diesen beiden Punkten hat man, wie gemeldet wird, ganz bestimmte Vorschläge bei der Hand, die vielleicht zur Einigung führen könnten. Man geht davon aus, daß die Bank für internationale Zahlungen, deren Organisation ja von der gesamten Sachverständigenkonferenz gebilligt worden ist, so viel Gewinn abwerfen werde, daß es möglich ist, schon früher den Kapitalwert

der letzten 21 Annuitäten aufzubringen; demnach würde also praktisch Deutschland doch nicht mehr zu zahlen haben als die Annuitäten der angebotenen 37 Jahre, die europäischen Gläubigerstaaten aber würden imstande sein, ihre Schulden an Amerika mit Hilfe dieses an sie fallenden Bankgewinns abzuführen. Über die finanztechnische Form, in welcher das zu geschehen hat, würde man sich sicher sehr rasch verständigen können. Und, was den Transferschutz anlangt, so ist der Vorschlag gemacht worden, wenigstens einen Teil der Annuität, etwa ein Drittel, unter diesen Schutz zu stellen.

Um die Abrüstung

Die in Genf tagende Kommission zur Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz ist bis jetzt nicht recht vom Fleck gekommen. Politisch wichtig ist die Tatsache, daß Amerika in der Frage der Abrüstung zur See einen Standpunkt eingenommen hat, von dem aus eine Überbrückung der bisherigen Gegensätze zwischen England und Amerika als möglich erscheint. Jedenfalls ist auch in England der betreffende amerikanische Vorschlag so aufgefaßt worden. Für die Aufrechterhaltung des Friedens bedeutet das natürlich außerordentlich viel.

In der Frage der Abrüstung zu Lande hat sich Amerika jedoch leider für desinteressiert erklärt, da es selber ein Landheer von nennenswerter Stärke nicht besitze. Damit soll eine Stellungnahme zu der Frage, ob die ausgebildeten Reservisten bei der Abrüstung zu berücksichtigen sind oder nicht, nicht verbunden sein. Immerhin ist die Erklärung Amerikas für Deutschland wenig erfreulich. Denn bisher war Nordamerika ganz und gar unferner Ansicht, daß bei einer Abrüstung zu Lande die Zahl der ausgebildeten Reservisten unbedingt berücksichtigt werden muß. Frankreich ist bekanntlich anderer Meinung, und zwar aus sehr guten Gründen: es verfügt über Millionen von ausgebildeten Reservisten, und es verfügt damit über die Möglichkeit, im Handumdrehen sein stehendes Heer im Ernstfalle ganz ungeheuerlich zu verstärken. Ein Ausgleich könnte nur dadurch geschaffen werden, daß man stehendes Heer und Reserve zusammenschließt und danach das Maß der Reduzierung bemißt. Dagegen wehrt sich Frankreich, und es hat leider die Mehrheit des Völkerbunds dabei ganz auf seiner Seite.

Die Regierungsbildung in Thüringen

Ein Zweiministerrat

W. Weimar, 4. Mai. (Tel.) Wie wir erfahren, wird die neue thüringische Regierung, die der Landtag am 7. Mai wählen soll, nur aus zwei Ministern bestehen, und zwar Dr. Paulsen und Dr. Niebel. Das Finanzministerium wird der derzeitige Wirtschafts- und Volksbildungsminister übernehmen. Dazu treten 5 Staatsräte. Infolge des Ausscheidens des aus Sondershausen stammenden Finanzministers Tolle wird man für dieses Gebiet einen Staatsrat in das Kabinett entsenden. Für diesen Posten ist Geh. Rat Rießfeld (Demokrat) aus Sondershausen in Aussicht genommen. Staatsrat Gildner, Sonneberg, wird seinen Staatsratsposten nicht wieder übernehmen. Das Meininger Gebiet soll durch Staatsminister Dr. Niebel vertreten werden. Wenn nicht in letzter Stunde noch Hindernisse auftauchen, wird am Montagabend die vorstehende Lösung endgültig von den Regierungsparteien beschlossen werden.

Der thüringische Landtag hatte am Freitag die Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten auf Auflösung des Landtages zu beraten. Obwohl man sich mit der Auflösung des Landtages rechnete, brachte überraschenderweise die Christlich-Nationale Landvolk- und Bauernpartei im Namen der Regierungsparteien einen Antrag ein, am Dienstag, den 7. Mai, durch den bestehenden Landtag eine neue Regierung zu wählen. Die Auflösungsanträge wurden mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Karlsruher Konzerte

Konzerte werden spärlicher und spärlicher; man merkt, der Musikwinter geht nunmehr rasch seinem Ende entgegen, ohne aber vor allem in seiner zweiten Hälfte noch besondere Höhepunkte gebracht zu haben. In die Berichtswache fiel zunächst das übliche Frühjahrskonzert des

Karlsruher Liebertrauges,

das sich auf einem nicht sehr fesselnden und auch nicht immer gleichwertigen Programm aufbaute. Am wenigsten originell wirkten z. B. zwei Chöre von Engelberg und Speidel, dagegen fanden das einleitende Reiterlied Nietsch, dann ein Kreuzfahrlied von Lafite und schließlich die beiden letzten Sachen im leichten Volkston weit mehr Gefallen. Als Probe imponierender Schlagfertigkeit brachten sie reichen Beifall dem bewährten Männerchor, den Musikdirektor Georg Hofmann zu strenger musikalischer Disziplin und zu allgemein anerkannter Leistungsfähigkeit herangebildet hat. Über die mitwirkende Sängerin Lotte Mäder-Wohlgemuth (Weipzig) ist ein Urteil nicht ganz so einfach abzugeben; Lieber lebenswürdigen Humors wie das als Zugabe gesendete „Liedchen“ scheinen ihr am besten zu liegen, von Vorteil war dabei auch, daß sie endlich ein frischeres Zeitmaß anschlug. Alle anderen Gesänge von Göbler, Trunt, Smigelski, Wohlgemuth u. a., mit denen sie zuvor aufwartete, wurden im Tempo zuweilen arg verschleppt und förderten technische Unbequemlichkeiten (Tremolo!) zutage, die der sonst sehr sympathischen Sopranstimme erheblichen Abbruch taten. Als zweiter Solist beteiligte sich Paul Trautvetter mit einer Cellosonate Boccherinis und mit mehreren kleinen Stücken, von denen freilich nicht einmal Bach-Gounods „Ave Maria“ die Vorbedingung absoluter Konzentration ganz erfüllte.

In der ebenfalls wieder vollbesetzten Festhalle veranstaltete einige Tage darauf die Karlsruher Besprechungsgesellschaft des süddeutschen Rundfunks einen

„Punten Abend“

der seinen doppelten Zweck, die vorgesehenen badischen Rundfunktage würdig einzuleiten und gleichzeitig als wirksame Propaganda zu dienen, vollauf erfüllte. Direktor Hans Blum schilderte in einer kurzen Ansprache die vielseitigen Möglichkeiten der Unterhaltung und Belehrung, die der Rundfunk heute bietet, und ließ dann ein sehr umfangreiches Programm abrollen, an dem u. a. so beliebte einheimische Künstler wie Marie Fanz, Elise Klant, Wilhelm Rentwig und Karlheinz Käfer beteiligt waren. Auch an hübschen Tanzszenen von F. J. Fürtzenau und seinen Schülerinnen fehlte es nicht. Besondere Anziehungskraft hatte dem Abend indessen die Mi-

Aus dem Reichstag

Dietrich über Agrarzölle und Pachtrecht — Verlesung bis zum 13. Mai

Angelehnt der Fortdauer der Revolution im Berliner Norden und Südosten mußte am Freitag im Reichstag mit einer Wiederholung der Räumungen gerechnet werden. Es ging aber diesmal glimpflich ab. Der kommunistische Abg. Fiedler verlangte vor Eintritt in die Tagesordnung die sofortige Verlesung eines kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Verbotes der „Roten Fahne“. Bei dieser Gelegenheit versicherte er, daß die kommunistische Partei hinter den Anruhrstiftern stehe. Selbsthilfe gegen Polizeigewalt sei erlaubt.

Nach heftigen Debatten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wurde es ruhig im Saal, und die zweite Verlesung des Haushaltes für Ernährung und Landwirtschaft konnte beginnen. In der Aussprache nahm auch der Reichsernährungsminister Dietrich das Wort, um zu bedauern, daß die allgemeine Finanznot auch zu einer Verminderung der für die Produktion eingesetzten Mittel geführt habe. Auf einigen Gebieten hätten leider die vom Reich für die Landwirtschaft gegebenen Beihilfen nicht die Verwendung gefunden, für die sie vorgesehen waren. Der Minister kündigte die baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur endgültigen Regelung des Pachtrechtes an. Die komplizierte Zollfrage müsse noch vor der Sommerpause geklärt werden, um die dringenden Bedürfnisse der Landwirtschaft befriedigen zu können. Der Minister erklärte, daß die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Rentabilität die Hauptaufgabe der Regierung sei.

Nach weiterer Aussprache wurde der in Verbindung mit dem Landwirtschaftsetat stehende Gesetzesentwurf über die Hilfe für Ökonomiebauern dem Ausschuss überwiesen.

Die Etatsberatung selbst soll erst am Montag, den 13. Mai, 8 Uhr, fortgesetzt werden. Das Plenum ließ die zehntägige Sitzungspause eintreten, um inzwischen dem Haushaltsausschuss Gelegenheit zur Weiterarbeit an den Einzelsetats zu geben.

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Die Vorarbeiten zu einer Reform der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, die zum großen Teil in der Reichsanstalt selbst geleistet werden, sollen in ungefähr einem Monat abgeschlossen sein. Die Reichsanstalt wird in der nächsten Zeit ein Rundschreiben an die Provinzialorganisationen ergehen lassen, in dem sie auf Grund der winterlichen Erfahrungen in dem ihr vorgezeichneten Rahmen Richtlinien für eine sparsame Wirtschaft und größere verwaltungstechnische Rationalisierung gibt. Eine wirklich zweckmäßige Reform der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung kann nur durchgeführt werden, wenn das in Vorbereitung begriffene sachliche Material vorliegt und als Grundlage der Reformarbeit dienen kann. Es ist daher anzunehmen, daß das Reichskabinett, das sich bereits am Freitag u. a. auch mit der Reform der Reichsanstalt beschäftigt hat, noch keine Beschlüsse fassen wird.

Die Luftfahrt im neuen Etat

Die Finanzjahrverträge der Regierungsparteien im Reich haben, einer Mitteilung der „Germania“ zufolge, erneut die Frage der Verteilung der nach den vorgenommenen Streichungen für die Fluggewandlung und den Luftverkehr im neuen Etat zur Verfügung stehenden Mittel geprüft. Es wurde dabei beschlossen, diese Mittel in erster Linie für die Zwecke des Luftverkehrs zu verwenden, während die Fluggewandlung bereits in diesem Jahre zu einem großen Teil und in den kommenden Jahren fast ausschließlich zu ihrer Finanzierung auf den Weg der Anleihe verwiesen werden soll. Was die Arbeiten der Reichsanstalt für Luftverkehr betrifft, so sind Wege gefunden worden, die mit der Unterstützung des Reichsausschusses für Luftverkehr ihre Fortführung ermöglichen.

Annahme des Branntweinmonopolgesetzes. In Steueransatz des Reichstages wurde am Freitag die Abstimmung über das Branntweinmonopolgesetz vorgenommen. Das Gesetz als solches fand mit den Stimmen der Koalitionsparteien in der Sitzung Annahme, die es durch die Anträge der Regierungsparteien erhalten hatte. Es wird demnach ein Übernahmepreis für den ablieferungsfähigen Branntwein von durchschnittlich 1,75 M je Liter reinen Alkohols gewährleistet. Für den Edelbranntwein aus Kleinbrennereien wird die seitherige Steuervergünstigung gewährleistet.

wirkung dreier den Rundfunkhörern längst bekannter Stuttgarter Künstler gesichert, zumal diese auf ihrem ureigensten Gebiet, mit Chansonvorträgen, auftraten. Sowohl Käthe Mann wie Hans Gans und Carl Strube ernteten stürmischen Beifall und wurden zu vielen Dreingaben genötigt, obwohl der zur Besprechung anstehende Abend an sich schon bis beinahe 11 Uhr währte. Die musikalische Begleitung sämtlicher Solisten oblag am Flügel Kapellmeister Kurt Stern, die Zwischenpausen füllte eine Abteilung der Polizeikapelle unter Deißigs persönlicher Leitung.

Die Anselm-Feuerbach-Ausstellung der Badischen Kunsthalle Karlsruhe

Die in Vorbereitung befindliche Gedächtnisausstellung zur Hundertjahrfeier für Anselm Feuerbach wird am 12. Mai in der Badischen Kunsthalle eröffnet werden. Dank dem Entgegenkommen von Museen und zahlreichen Privatbesitzern ist es gelungen, aus dem Gesamtwerk Feuerbachs eine Auswahl zu treffen, die alle Stadien seiner Entwicklung, sowohl nach der historisch repräsentativen wie nach der malerisch intimen Seite hin, zum Ausdruck bringt. Dank der Veranlassung des bekannten Feuerbachbiographen Hildebrandts wird sie auch einige bisher unbekannte Werke enthalten. Die Ausstellung findet in den Haupträumen der Badischen Kunsthalle für die Dauer von sieben Wochen statt.

Otto Behagel 76 Jahre alt. Der ordentliche Professor für deutsche Philologie an der Universität Gießen, Dr. phil. Dr. jur. h. c. Otto Behagel konnte gestern seinen 76. Geburtstag feiern. Behagel, der Rektor der Germanisten, wurde in Karlsruhe geboren, promovierte 1876 zum Dr. phil. und habilitierte sich 1878 als Privatdozent in Heidelberg. 1882 wurde er ordentlicher Professor in Basel, 1888 wurde er nach Gießen berufen, wo er seit über 40 Jahren wirkt. Geheimrat Behagel, der Mitglied einer Anzahl wissenschaftlicher Gesellschaften ist, ist über seine Univeritätsstätigkeit hinaus als Befürworter der deutschen Sprache weit bekannt geworden. Besonderer Verbreitung erfreuen sich zwei seiner Werke, „Die deutsche Sprache“ und „Von der deutschen Sprache“.

Richard Traut-Freier. Aus Anlaß des 50. Geburtstages des französischen Lieberkomponisten finden am 12. und 13. Mai in Tauberbischofsheim und Buden Feiern statt, zu denen der Komponist sein Erscheinen zugesagt hat. In Tauberbischofsheim wird eine Gedächtnisfeier am Geburtshaus Trunks eingeweiht werden.

Badischer Teil

Tagung der Bad. Arbeitgeberverbände

Im Künstlerhaus zu Karlsruhe tagte am Freitagnachmittag die Jahreshauptversammlung des Bundes Badischer Arbeitgeberverbände e. V. (Sitz Mannheim). Der Saal war vollbesetzt und alle Kreise unseres Wirtschaftslebens aus dem ganzen Lande waren vertreten. Unter den Gästen bemerkte man Staatspräsident Dr. Schmitt, den Unterrichtsminister Dr. Veers, zahlreiche Abgeordnete des Landtages mit den beiden Vizepräsidenten Maier und Gabermehl, ferner Ministerialdirektor Föhrenbach vom Ministerium des Innern und andere hohe Ministerialbeamte, sowie die Vertreter der Sozialbehörden, der Kirchengemeinden und der Presse. Seitens der Stadtverwaltung war Oberbürgermeister Dr. Finter anwesend.

Der Vorsitzende, Handelskammerpräsident Lenel, Mannheim, eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten. Er warf dann einen kurzen Rückblick auf die zehn Jahre, seit der Bund besteht, dem heute 41 Arbeitgeberverbände angehören, deren Mitglieder zwei Drittel sämtlicher badischer Arbeitnehmer beschäftigen. Präsident Lenel kam dann auf die akuten Fragen der Sozialgesetzgebung zu sprechen. Er beklagt das schnelle Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung, einmal, weil die zunehmende Belastung die Leistungsfähigkeit der Unternehmer übersteige, dann aber auch, weil die Gesetzgebung häufig an der nötigen Klarheit litten. Daß die Lebenshaltung der Arbeiter so günstig wie möglich gestaltet wird, und daß dem Arbeiter ein weitgehender sozialpolitischer Schutz zukommen muß, das sei der Wunsch sämtlicher Arbeitgeber. Die Reparationslasten seien aber auch der Lohnhöhe eine Grenze, da diese Kosten nur durch einen Überschuß des Exports über den Import aufgebracht werden könnten. Der Redner fordert dringend eine Änderung des Schlichtungswesens. Er ist auch gegen die Absicht der Reichsregierung, das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit in Kraft zu setzen. Seine Ausführungen, so schloß Präsident Lenel, seien ebenso wie die Arbeit des Bundes einzig und allein von den Interessen für das Gemeinwohl geleitet.

Hierauf ergriff

Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort, um namens aller Gäste für die Einladung zu danken. Er fuhr fort, es handle sich um eine allgemeine deutsche Not. Wenn wir also einem Stande helfen wollen, so sei zu fragen, ob es dem Ganzen nützt. Bei der Sozialpolitik gehe es um das Schicksal unseres Volkes; sie müsse uns eine heilige und ernste Sache sein, wobei natürlich jeder Mißbrauch zu bekämpfen und zu bestrafen sei. Selbstverständlich müsse die Sozialpolitik auch eine Grenze haben; doch sei hierbei auch daran zu denken, was der Arbeiter von seinem Lohn noch abzugeben in der Lage ist. Wirtschaft und Sozialpolitik seien eins. Die Wirtschaft habe das größte Interesse an einer guten Sozialpolitik. Daß dieses wichtige Thema heute erörtert wird, sei erfreulich.

Als erster Referent sprach Prof. Dr. E. Soreffer, Gießen, über „Das Problem der deutschen Sozialpolitik“.

Er ist der Ansicht, daß Idee und Organisation der Sozialversicherung zum inneren Frieden nicht beigetragen habe. Der Achtstundentag bedeute die Einführung sozialistischer Zwangswirtschaft und führe die wirtschaftliche wie sittliche Kraft des Volkes. Im Versicherungswesen sieht der Redner die Einführung des Kommunismus für einen Teil der Bevölkerung. Jede Sparsamkeit, aber auch persönliche Verantwortung werde genommen. Am schlimmsten wirkte sich die Arbeitslosenversicherung aus. Eine Sozialpolitik könne nur aufgebaut werden auf der individualistisch-privatwirtschaftlichen Grundlage, auf dem persönlichen Erwerbssinn. Darin liege die wahre soziale Kraft. Aus der staatlichen Sozialversicherung müsse eine staatliche Sparspflicht werden. Der Redner fordert an Stelle des Fürsorgestaates den Erziehungstaat. Nur die volle Wiederherstellung des privatwirtschaftlichen Geistes könne den drohenden Untergang der deutschen Wirtschaft abwehren.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Regierungspräsident z. D. Braunweiler, Berlin, behandelte das Thema „Unternehmer und Sozialpolitik“.

Er verteidigte die Unternehmerrchaft gegen den Vorwurf sozialer Einstellung und wandte sich gegen Tendenzen, die auf eine Ausschaltung des Unternehmers bei Gestaltung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter hinauslaufen. Der Unternehmer als Führer und Träger des wirtschaftlichen Fortschritts ermöglichte auch den sozialen Fortschritt. Der Redner verbreitete sich dann über die Richtigkeit der sozialpolitischen Aufgaben des Unternehmers, wie sie sich aus der Zeitlage ergibt, und schloß, durch die Abtragung seiner Erfahrungen durch persönliche Mitarbeit in den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Unternehmerrorganisationen und Organen der Selbstverwaltung werde der Unternehmer zum Träger einer produktiven, den höchsten denkbaren wirtschaftlichen und sozialen Nutzeffekt erzielenden Sozialpolitik.

Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Präsident Lenel schloß alsdann die Versammlung mit einem Dank an die Referenten und dem Ausdruck des Willens, daß die Arbeit des Bundes stets das Ziel im Auge habe, ein hervorragendes Zusammenwirken von Unternehmer und Arbeiterchaft und letzten Endes das Wohl des Vaterlandes zu fördern.

Presse und Polizei

Durch die Vorgänge anläßlich der Hölz-Versammlung in der Festhalle in Karlsruhe, bei denen auch Pressevertreter in Mitleidenschaft gezogen wurden, sah sich der Vorstand der Bezirksgruppe Karlsruhe des Bundes der Deutschen Presse (Landesverband Baden) zu folgender Stellungnahme veranlaßt, die eine eventuelle endgültige Verjährung mit der Angelegenheit nach Klarstellung des gesamten Tatbestandes nicht ausschließen will:

Ohne Rücksicht auf die erst der objektiven gerichtlichen Untersuchung unterstehende Frage, ob das Verhalten der Polizeiorgane gegenüber den Pressevertretern einwandfrei war oder nicht, vertritt der Vorstand der Bezirksgruppe Karlsruhe den Standpunkt — und er glaubt sich damit in Übereinstimmung mit der Auffassung der Leitung der Polizei zu befinden —, daß Pressevertreter, die lediglich in Ausübung ihres Amtes bei solchen Anlässen zugegen sind bzw. sein müssen, sobald sie sich als Pressevertreter ausweisen, als solche von der Polizei zu respektieren und demgemäß zu behandeln sind. Ebenso wenig dürfte darüber eine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß die schädbare Nichtbeachtung dieses Grundgesetzes durch Polizeiorgane als Pflichtverletzung zu gelten hat und dementsprechend zu ahnden ist. Nur auf diese Weise ist es möglich, das für beide Teile wünschenswerte gute Verhältnis zwischen Presse und Polizei zu erhalten.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Bahnarbeiter Josef Niebel in Kappelwäld, der unter eigener Lebensgefahr einen gestürzten Motorradfahrer vor einem herankommenden Schnellzug rettete und zugleich durch Befreiung des Motorrades eine Gefährdung des Eisenbahnzuges verhinderte, die badische Rettungsmedaille verliehen.